

# **Online-Veranstaltung: Stichwahl in Chile – Zwischen Umschwung und konservativer Restauration**

In der Diskussionsveranstaltung wird die chilenische Präsidentschaftswahl in die aktuelle politische Konjunktur eingebettet, werden mögliche Zukunftsszenarien diskutiert und eine erste Einschätzung für die Stichwahl gewagt, so die Veranstalter Österreichische Lateinamerika-Institut und der Forschungsverbund Lateinamerika.

Am 19. Dezember 2021 findet die Stichwahl zur Präsidentschaft in Chile statt. Die Wahl entscheidet sich zwischen dem Kandidaten der linken Koalition Apruebo Dignidad Gabriel Boric und dem rechts-konservativen José Antonio Kast (Frente Social Cristiano). Nach zwei turbulenten Jahren spitzt sich die polarisierte Situation in Chile nun in der Stichwahl zu. Seit Mitte des Jahres arbeitet eine von der Bevölkerung gewählte Versammlung an ein einer neuen Verfassung. Nicht wenig erhoffen sich von dieser einen Neuanfang für Chile. Dieser Erfolg der landesweiten Rebellion von 2019 könnte durch die Präsidentschaftswahl nun in Gefahr geraten.

**Mo, 13.12.2021, 16:30-18:00 Uhr, Online**

**Anmeldung:**

**<https://univiennea.zoom.us/j/99600190168pwd=Q3FXS2t0RFp0RUxyUkw1SglwZFZ0QT09>**

Meeting-ID: 996 0019 0168

Kenncode: 540730

## **Am Podium**

**Sophia Boddenberg** ist freiberufliche Journalistin, Autorin, Radio- und Videoproduzentin. Sie berichtet aus Chile und Lateinamerika über Themen aus den Bereichen soziale Bewegungen, Umwelt, Frauenrechte, indigene Völker und Landkonflikte.

**Nina Schlosser** ist Doktorandin der Politikwissenschaften an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin und der Universität Wien. Sie besitzt einen Masterabschluss in Politischer Ökonomie der Europäischen Integration sowie einen Bachelorabschluss in Betriebswirtschaftslehre der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. Sie ist Stipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Mitglied des RLS-Graduiertenkollegs Krise und sozial-ökologische Transformation.

**Aaron Tauss** ist seit 2013 Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universidad Nacional de Colombia. Sein Schwerpunkt ist die politische Ökonomie Lateinamerikas.

Moderation: **Erhard Stackl**, Publizist und Lateinamerikanist, Herausgebervertreter beim „Südwind-Magazin“, Vizepräsident von „Reporter ohne Grenzen“ Österreich.

Weitere Infos

---

# **Kommentar und Online-**

# Veranstaltung: Ein Boom in der Krise

Von Bernhard (ÖFSE). Rohstoffe sind auch hierzulande wieder in den Fokus gerückt, nachdem deren Preise im Zuge der COVID-19 Krise so stark gestiegen sind wie selten zuvor. Länder im Globalen Norden sollte dies auch diesmal nur kurzfristig beschäftigen. Für Länder des Globalen Südens bleiben diese Preisschwankungen jedoch ein essenzielles Risiko für ihre Entwicklung und Armutreduktion. Entscheidend ist es in diesem Zusammenhang strukturelle Veränderungen an den Rohstoffmärkten zu beachten, nicht zuletzt im Hinblick auf die steigende Bedeutung stabiler Rohstoffpreise für die notwendige sozial-ökologische Transformation unseres Wirtschaftsmodells.

Weiterlesen

**06.12.2021 15:30 – 17:00 Uhr**

Online via Zoom: **Schwankende Rohstoffpreise: Zur Rolle von Rohstoffhändlern und Rohstoffterminbörsen**

Explodierende Preise für Gas, Benzin und Nahrungsmittel offenbaren diesen Herbst eine Tatsache, die bei europäischen KonsumentInnen üblicherweise oft unbemerkt bleibt: Rohstoffpreise sind extremen kurzfristigen Schwankungen unterworfen. Gerade in der COVID-19 Krise sind die Preise der meisten Rohstoffe zunächst eingebrochen, aber seitdem so stark gestiegen wie selten zuvor.

In seiner Keynote präsentiert **Bernhard Tröster (ÖFSE)** wichtige

Erkenntnisse: Welche Faktoren sind für Rohstoffpreisschwankungen ausschlaggebend? Welche Veränderungen in der Preisgestaltung im physischen Handel und an Rohstoffterminbörsen gab es in den verschiedenen Rohstoffen? Wie ist die Rolle der großen Rohstoffhändler einzuschätzen? Welche Reformen sind nötig, um Rohstoffpreise zu stabilisieren?

Da viele Rohstoffhändler in der Schweiz ansässig sind, stellt im Anschluss **David Mühlemann** von der Schweizer NGO **Public Eye** die Rolle der Schweiz als Rohstoffdrehscheibe vor.

> Mehr Informationen (Zoom-Link / Anmeldung)

---

## **PA: Black Friday: schwarzer Tag für Nachhaltigkeit**

Am 26. November locken Einzelhandel und Onlineshops mit großzügigen Rabatten. Der Aktionstag zählt zu den umsatzstärksten des gesamten Jahres. Das passiert aber oftmals auf Kosten der Menschen am Beginn globaler Lieferketten, so FAIRTRADE in einer Aussendung.

„Wir kaufen mehr, zahlen weniger und nutzen Produkte immer kürzer. Der Black Friday ist zum Symbol dieses Konsumwahnsinns geworden“, kritisiert Hartwig Kirner, Geschäftsführer von FAIRTRADE Österreich. Fehlende Arbeitsverträge und schlechte

Bezahlung gehören in vielen Produktionsstätten im Globalen Süden zum Alltag. Gleichzeitig entsteht durch immer kürzere Produktzyklen Berge an Müll, und trotzdem ist keine Trendumkehr in der weltweiten Ressourcenverschwendung in Sicht. „Konsument\*innen sollten daher bewusst einkaufen und auf Langlebigkeit und faire Produktion setzen, anstatt sich von künstlich erzeugtem Kaufdruck blenden zu lassen“, rät Kirner.

In der Regel kalkulieren Unternehmen Rabattaktionen wie die zum Black Friday bereits beim Einkauf ein. Der wirtschaftliche Druck am Anfang der Lieferkette steigt dadurch weiter an, es entsteht eine Preisspirale nach unten, die nicht auf einzelne Branchen beschränkt ist. Da staatliche Mindestlöhne oft zu niedrig und damit wirkungslos sind, um die Situation vor Ort zu entschärfen, fordert Fairtrade International existenzsichernde Einkommen für Alle. „Ohne Begleitmaßnahmen auf politischer Ebene wird es aber in naher Zukunft nicht gelingen, das Ziel eines fairen Einkommens für alle Menschen entlang der globalen Lieferketten zu erreichen“ so Kirner weiter.

Bringt ein europäisches Lieferkettengesetz die Lösung?

Nach Jahren des Stillstandes hat die Diskussion rund um ein europäisches Lieferkettengesetz aktuell an Fahrt aufgenommen. „Es wird wirklich spannend, denn auf EU-Ebene stehen derzeit Entscheidungen an, und bereits in den kommenden Wochen soll ein Entwurf für ein europäisches Lieferkettengesetz veröffentlicht werden“, so Kirner zu den erwartenden Entwicklungen auf EU-Ebene. Wie dieser Entwurf eines Lieferkettengesetzes auf EU-Ebene ausgestaltet ist, wird sich im Detail erst zeigen. Ein solches Gesetz könnte jedoch dazu führen, dass Unternehmen, die es mit ihren Sorgfaltspflichten in der Lieferkette ernst meinen, keine Kostennachteile mehr hätten, gegenüber jenen, die sich nicht darum kümmern.

Die wesentlichste Grundvoraussetzung für ein wirkungsvolles Lieferkettengesetz werden dabei aber die Berücksichtigung und Einhaltung verschiedenster Kriterien sein, wie z.B. existenzsichernde Einkommen und Löhne, die Einhaltung der Sorgfaltspflichten für alle, rechtlich verbindliche Auflagen zu Umwelt- und Klimaschutz, eine unabhängige Kontrolle sowie klare Sanktionen bei Regelverstößen.

Auf Länderebene hat vorab schon Deutschland einen Schritt in diese Richtung gesetzt, das Unternehmen durch gesetzliche Regelungen mittlerweile stärker in die Pflicht nimmt. „Wir fordern daher auch die Abgeordneten der Österreichischen Regierung auf, in Österreich aber auch in den Verhandlungen auf EU-Ebene für ein klar ausformuliertes und auch sanktionierbares Lieferkettengesetz einzutreten. Denn würde ein Lieferkettengesetz diese Anforderungen erfüllen, wäre das ein echter Meilenstein: So könnte die Macht aller Marken, Einzelhandelsunternehmen und Konsument\*innen in der gesamten EU in Zusammenarbeit mit Regierungen und insbesondere auch mit den Kleinbäuer\*innen und Beschäftigten in den Produktionsländern dazu genutzt werden, die Armut und die damit verbundenen Menschenrechtsrisiken so weit wie möglich zu reduzieren.“, so Kirner abschließend.

Bilder zum Downloaden

**Kontakt für Rückfragen:**

Mag. Bernhard Moser

bernhard.moser@fairtrade.at

+43 664 526 74 65

Mag. Peter Ehrenberger

peter.ehrenberger@fairtrade.at

# **PA: Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen: Amnesty erzählt die Geschichten von mutigen Frauen in Afghanistan**

Anlässlich der weltweiten Aktion „16 Tage Aktivismus gegen geschlechtsspezifische Gewalt“ zeigt ein neuer Amnesty-Bericht wie Frauen durch die Taliban eingeschränkt und unterdrückt werden.

„In den ersten Tagen standen alle unter Schock. Aber dann sah ich mutige Frauen aufstehen, demonstrieren und ihre Stimme erheben. Das ist die neue Generation. Sie hatten ihren Vorgängerinnen zugehört. Sie sind die Revolution.“

So erzählt es Shukria Barakzai, eine ehemalige Abgeordnete und frühere Botschafterin Afghanistans, in dem bewegenden Bericht von Amnesty International. Anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen am 25. November präsentiert die Organisation die Porträts von 16 mutigen Frauen in Afghanistan und gibt ihnen und ihren Forderungen an die internationale Gemeinschaft eine starke Stimme. Zu einem Zeitpunkt, an dem den Afghan\*innen fast über Nacht ihre Rechte genommen wurden, sollen diese 16 Geschichten zeigen, wie viel die afghanischen Frauen trotz politischer Instabilität und aller Konflikte in

den letzten 20 Jahren erreicht haben. Gleichzeitig soll die internationale Öffentlichkeit auch sehen, dass Frauen unter dem neuen Regime viel höheren Risiken ausgesetzt sind.

„Diese persönlichen Erzählungen erinnern uns eindrucksvoll und zur richtigen Zeit daran, wie viel die Frauen in Afghanistan in den vergangenen 20 Jahren erreicht haben. Sie zeigen aber leider auch auf sehr ernüchternde Weise, wie stark sich das Leben für Frauen und Mädchen seit der Rückkehr der Taliban verändert hat“, so Annemarie Schlack, Geschäftsführerin von Amnesty International Österreich, und sagt weiter: „Wir fordern die Taliban auf, die Rechte von Frauen und Mädchen zu achten und zu schützen. Und wir appellieren an die internationale Gemeinschaft, den Frauen in Afghanistan Gehör zu schenken und zum Schutz der Frauenrechte mit ihnen zusammenzuarbeiten.“

### **Fehlendes Einkommen der Frauen fehlt in den Familien**

Seit der Machtergreifung der Taliban am 15. August 2021 wurden die Rechte und Freiheiten von Frauen und Mädchen stark eingeschränkt. Frauen können mit wenigen Ausnahmen weder zur Arbeit gehen noch in der Öffentlichkeit unterwegs sein, ohne von einem männlichen Vormund (Mahram) begleitet zu werden. Seit dem 20. September dürfen Mädchen ab dem 12. Lebensjahr nicht mehr zur Schule gehen, und die strenge Geschlechtertrennung an den Universitäten hat die Möglichkeit vieler junger Frauen auf eine Hochschulausbildung stark eingeschränkt. Zusätzlich hat der Ausschluss von Frauen aus der Arbeitswelt die finanziellen Probleme vieler Familien verschärft, die zuvor über ein festes Einkommen verfügten. Darüber hinaus hat das Fehlen von Frauen im öffentlichen Dienst zu großen Personallücken bei den Behörden geführt, sodass diese nicht mehr effizient arbeiten können.



## **Ministerium für Frauenangelegenheiten ersetzt durch Ministerium für die Förderung der Tugend**

Dass die Taliban nach der Machtübernahme das Ministerium für Frauenangelegenheiten durch das Ministerium für die Förderung der Tugend und die Verhinderung des Lasters ersetzt haben, ist eine besonders bedrohliche Entwicklung. Denn diese Institution war während der ersten Taliban-Regierung in den 1990er Jahren für schwere Menschenrechtsverletzungen an Frauen verantwortlich. Frauen haben nicht nur keinen Zugang mehr zu Bildung und Beruf, sondern sind auch vermehrt von geschlechtsspezifischer Gewalt bedroht und in ihren Rechten auf Versammlungs-, Bewegungs- und Meinungsfreiheit stark eingeschränkt, bis hin zur Wahl ihrer Kleidung.

## **20 Jahre Fortschritt**

Vor der neuerlichen Machtübernahme durch die Taliban heuer im August waren in den letzten 20 Jahren große Fortschritte bei der Stärkung der Frauenrechte in Afghanistan gemacht worden – nicht zuletzt durch den Einsatz der Frauen, die Amnesty in ihrem Bericht zu Wort kommen lässt. 3,3 Millionen Mädchen befanden sich im Bildungssystem und Frauen beteiligten sich aktiv am politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben im Land. Trotz anhaltender Konflikte waren afghanische Frauen als Anwältinnen, Ärztinnen, Richterinnen, Lehrerinnen, Ingenieurinnen, Spitzensportlerinnen, Politikerinnen, Journalistinnen, Verwaltungsmitarbeiterinnen, Geschäftsinhaberinnen, Polizistinnen und Militärangehörige tätig.

## **Die internationale Gemeinschaft hat die Frauen im Stich gelassen**

„Ich sah meine 20 Jahre harte Arbeit, meine Ausbildung und meine Berufserfahrung in Sekundenschnelle vor meinen Augen verschwinden. Ich wusste, dass es für mich und Millionen afghanischer Frauen nie mehr so sein würde wie früher.“ So

beschreibt Fawzia Amini, ehemalige Richterin am Obersten Gerichtshof in Afghanistan, den Albtraum, den viele Afghaninnen derzeit erleben. Gemeinsam mit vielen anderen Frauen appelliert sie an die internationale Gemeinschaft, Druck auf die Taliban auszuüben und jegliche Hilfe für Afghanistan an die Bedingung zu knüpfen, dass in Afghanistan nicht eine „Gesellschaft nur eines Geschlechts“ errichtet werde.

Der gesamte Bericht mit allen bewegenden Geschichten ist unter [newsletter.amnesty.at](mailto:newsletter.amnesty.at).

**Für Interviewanfragen und Rückfragen wenden Sie sich bitte an [presse@amnesty.at](mailto:presse@amnesty.at).**

oder +43 664 400 10 56

E-Mail: [eleonore.rudnay@amnesty.at](mailto:eleonore.rudnay@amnesty.at)

---

## **Online-Gespräch: Kolumbien hinter den Kulissen**

Im Gespräch mit Ulla Ebner (Ö1) zeichnen drei AktivistInnen der kolumbianischen Friedensbewegung auf Einladung des Welthaus ein aktuelles Bild abseits von Medienberichten.

Der kolumbianische Präsident Juan Manuel Santos erhielt 2016 den Friedensnobelpreis für die Beendigung des jahrzehntelangen Bürgerkriegs in seinem Land. Fünf Jahre nach Unterzeichnung

des Friedensabkommens ist es aber noch ein weiter Weg, um den sozialen Zusammenhalt wiederherzustellen: Der Friede ist brüchig: jene, die sich für die Umsetzung des Abkommens auf lokaler Ebene einsetzen, laufen Gefahr ermordet zu werden. Corona und die Ankunft von 1,7 Millionen venezolanischen Flüchtlingen haben das Land weiter destabilisiert. Seit Monaten protestiert vor allem die Jugend in landesweiten Großstreiks für bessere Lebensbedingungen. Gesellschaftliche Gräben tun sich aber auch zunehmend in Europa auf; das Friedensprojekt EU bröckelt. Wie schafft man sozialen Zusammenhalt? Wie bringt man Menschen an einen Tisch, die nichts miteinander zu tun haben wollen? Wie können wir Zukunft gemeinsam gestalten?

Diese Fragen diskutieren Nelson Restrepo, Soziologe, Fabio Alonso, Politikwissenschaftler und Berater in der öffentlichen und lokalen Verwaltung und Luisa Acosta, Historikerin und engagierte Slow-Food Köchin in Kolumbien.

### **Online-Gespräch**

**Mittwoch, 1.12.2021 von 15.30-17.00**

**Infos und Zoom-Anmeldung**

---

**Online-Veranstaltung und  
Interviewmöglichkeit: Wie**

# wird Frieden hergestellt?

5 Jahre Friedensvertrag in Kolumbien. Ist die Gewalt verschwunden? Reicht ein Friedensvertrag, um die Gewalt zu stoppen? Diesen Fragen geht die kolumbianische Menschenrechtsverteidigerin **Maria Jackeline Rojas Castañeda** im **Gespräch mit Ulrike Lunacek** (Obfrau Frauen\*solidarität) am **Mittwoch, 24. November 2021**, nach.

Mehr als 50 Jahre tobte in Kolumbien ein blutiger Konflikt. 220.000 Tote – 80% davon Zivilist\_innen – mehr als sechs Millionen Binnenvertriebene, 25.000 Vermisste, fast 2.000 Massaker: grausame Verbrechen, die von allen Konfliktparteien – rechten Paramilitärs, Drogenkartellen, linken Guerrillas und staatlichen Militärs – seit 1958 verübt wurden. Mehr als die Hälfte aller Opfer sind laut UN Women Colombia Frauen. Doch im November 2016, nach mehr als 5 Jahren zäher Verhandlungen und einem fehlgeschlagenen Referendum, endlich große Euphorie: Ein Friedensvertrag, in dessen Erstellung auch zahlreiche Frauenorganisationen involviert waren, wird am 24. November unterzeichnet, die Hoffnung auf wirklichen Frieden im Land ist endlich da.

5 Jahre danach: Ist die Gewalt verschwunden? Reicht ein Friedensvertrag, um die Gewalt zu stoppen?

Diesen Fragen geht die kolumbianische Menschenrechtsverteidigerin Maria Jackeline Rojas Castañeda im Gespräch mit Ulrike Lunacek (Obfrau Frauen\*solidarität) nach.

**Wann: 24. November, 18:00 – 20:00 Uhr**

**Anmeldung für Zoom-Teilnahme:**  
**[anmeldung@frauensolidaritaet.org](mailto:anmeldung@frauensolidaritaet.org) (Link wird zugeschickt)**

## **Dolmetsch: Spanisch-Deutsch: Gabriele Gallo**

Maria Jackeline Rojas Castañeda war viele Jahre lang Mitarbeiterin der bekannten Organización Femenina Popular in Barrancabermeja, die sich für Frauenrechte und gegen alle Formen von Gewalt einsetzt, und mit der die Frauen\*solidarität und KFBÖ seit 1985 in Kontakt stehen. Jackeline Rojas ist selbst direktes Opfer des bewaffneten Konflikts in Kolumbien; drei ihrer Familienmitglieder wurden ermordet; sie selbst wurde im Jahr 2000 von den Paramilitärs zur militärischen Zielscheibe erklärt. Sie wurde immer wieder verfolgt, eingeschüchtert und war gezwungen zu übersiedeln, um ihr Leben und das ihrer Familie zu schützen. 2012 wurde sie mit einem Menschenrechtspreis der Europäischen Union ausgezeichnet. 2014 war sie Teil des Friedensprozesses zwischen dem kolumbianischen Staat und der FARC-EP-Guerilla. Derzeit ist sie Begünstigte eines Programms zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger\_innen, die in Kolumbien Opfer von Gewalt sind.

Eine Veranstaltung von:

- Amnesty International – Netzwerk Arbeit, Wirtschaft und soziale Rechte
- Frauen\*solidarität
- IGLA
- Katholische Frauenbewegung Wien
- LEFÖ
- ÖGB-weltumspannend arbeiten
- Referat Genderforschung der Universität Wien
- WIDE

---

# **VERANSTALTUNG: GLOBAL INEQUALITY TALK #8: SDGs – Klima – Österreich**

Das Paulo Freire Zentrum lädt zur Diskussion „Klimapolitik im Windschatten?“

Die nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) sollen Staaten einen Leitfaden zu einer sozial-ökologischen Transformation in die Hand geben. Klimaschutz ist dabei zentral. Wie steht Österreich am Weg zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft da? Und im Blick über die nationalen Grenzen hinaus: Wie können ökologische Kosten reduziert werden, die durch die hiesigen Produktions- und Konsumverhältnisse in anderen Teilen der Welt verursacht werden?

**Am Podium:** Astrid Rössler (Die Grünen) und Ernest Aigner (Wirtschaftsuniversität Wien)

**Moderation:** Monika Austaller (Paulo Freire Zentrum)

**Termin:** Mi., 1. Dezember 2021 um 16.00-16.45 Uhr

**Format:** Zoom Webinar (Teilnahme-Link wird den Angemeldeten kurzfristig zugesendet.)

**Nähere Infos und Anmeldung**

---

# **PA: AMNESTY zu Katar: Noch ein Jahr bis zur WM – jüngste Reformen werden untergraben**

Nur noch ein Jahr bis zum Anpfiff der Fußball-Weltmeisterschaft 2022 und Katar muss seine Versprechen einlösen, das Kafala-Sponsorensystem abzuschaffen und die rechtliche Situation der Arbeitsmigrant\*innen im Land besser zu schützen, erklärt Amnesty International anlässlich der Veröffentlichung eines neuen Berichts.

16. 11. 2021, London / Wien . Im „Reality Check 2021“ analysiert die Organisation erneut die Veränderungsprozesse hinsichtlich der Arbeitsbedingungen in Katar und kommt zu dem Schluss, dass die Fortschritte im Jahr 2021 stagniert haben. Mehr noch: Alte missbräuchliche Praktiken sind wieder aufgetaucht. Die schlimmsten Elemente des Kafala-Systems, also der Abhängigkeit der Arbeitsmigrant\*innen von ihren Arbeitgeber\*innen, wurden wieder aufgenommen und so einige der jüngsten Reformen untergraben.

In ihrer Analyse stellte Amnesty International außerdem fest, dass die verspätete oder ausbleibende Zahlung von Löhnen und anderen vertraglichen Leistungen nach wie vor zu den häufigsten Verstößen gegen die Rechte von Arbeitsmigrant\*innen in Katar zählt. Dennoch haben diese nach wie vor kaum Zugang zur Justiz, und es ist den Beschäftigten weiterhin untersagt, sich zu organisieren, um gemeinsam für ihre Rechte einzutreten.

### **Reformen wurden eingeführt – aber nicht ausreichend umgesetzt**

Katar hat seit 2017 eine Reihe positiver Reformen zugunsten von Arbeitsmigrant\*innen durchgeführt, doch trotz dieser eingeleiteten Prozesse ist der Alltag vieler Arbeitsmigrant\*innen in Katar nach wie vor hart und die Ausbeutung geht weiter – was unter anderem daran liegt, dass die Reformen nicht angemessen umgesetzt werden.

### **Arbeitsmigrant\*innen von ihren Arbeitgeber\*innen kontrolliert**

So hat Katar zwar die Anforderung einer Ausreisegenehmigung und einer Unbedenklichkeitsbescheinigung (No-Objection Certificate – NOC) für die meisten Arbeitsmigrant\*innen abgeschafft, sodass sie theoretisch das Land verlassen und den Arbeitsplatz wechseln können, ohne die Zustimmung ihrer Sponsor\*innen einzuholen; aber de facto besteht für Arbeitgeber\*innen weiterhin die Möglichkeit, den Arbeitsplatzwechsel von Beschäftigten zu blockieren und ihren rechtlichen Status zu kontrollieren. Auch durch die Einbehaltung von Gehältern und Sozialleistungen wird es Beschäftigten erschwert, den Arbeitsplatz zu verlassen. Arbeitsmigrant\*innen sind auch weiterhin von ihren Arbeitgeber\*innen abhängig, um nach Katar einreisen und sich dort aufhalten zu können – so können Arbeitgeber\*innen nach wie vor Klage wegen „unerlaubtem Verlassen des Arbeitsplatzes“ einreichen und Aufenthaltsgenehmigungen annullieren – Praktiken, die zur Kontrolle der Arbeitskräfte missbraucht werden.

### **Ausbeutung nach wie vor in massivem Ausmaß**

Die Versäumnisse der katarischen Behörden werden auch in Bezug auf die unsicheren Arbeitsbedingungen sichtbar. Trotz der Einführung einiger neuer Schutzmaßnahmen für Arbeiter\*innen bestehen nach wie vor große Risiken – so sehen die neuen Verordnungen beispielsweise keine verpflichtenden Ruhezeiten vor, die dem lokalen Klima oder der Art der Tätigkeit



angemessen sind, was zu massiven gesundheitlichen Problemen führen kann. Im August 2021 dokumentierte Amnesty International das Versäumnis der katarischen Behörden, den Tod Tausender Arbeitsmigrant\*innen zu untersuchen, obwohl es Beweise für einen Zusammenhang zwischen vorzeitigen Todesfällen und unsicheren Arbeitsbedingungen gab.

### **Amnesty-Forderung: Katarische Behörden müssen Reformprozess dringend beschleunigen**

Angesichts der zunehmenden Kritik an der Menschenrechtslage in Katar im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft fordert Amnesty International die Behörden des Gastgeberlandes nun erneut auf, dringend Maßnahmen zu ergreifen, um den Reformprozess zu beschleunigen. „Die Uhr tickt, aber es ist noch nicht zu spät, die unterschriebenen Reformvorhaben in Taten umzusetzen. Jetzt ist es an der Zeit, dass die katarischen Behörden echte Entschlossenheit zeigen und ihr Programm für Arbeitsreformen in vollem Umfang umsetzen. Alle bisherigen Fortschritte werden zunichte gemacht, wenn Katar sich mit einer schwachen Umsetzung der Maßnahmen zufrieden gibt und die für Verstöße Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft zieht“, so Annemarie Schlack, Geschäftsführerin von Amnesty International Österreich. Sie findet klare Worte: „Die offensichtliche Selbstgefälligkeit der Behörden führt dazu, dass Tausende von Arbeitsmigrant\*innen weiterhin der Gefahr ausgesetzt sind, von skrupellosen Arbeitgeber\*innen ausgebeutet zu werden. Viele sind nicht in der Lage, den Arbeitsplatz zu wechseln oder dagegen vorzugehen, wenn Löhne nicht gezahlt werden. Sie haben kaum Hoffnung auf rechtliche Abhilfe, eine Entschädigung oder gar umfassende Gerechtigkeit. Nach der Fußballweltmeisterschaft wird das Schicksal der in Katar verbleibenden Arbeitsmigrant\*innen noch ungewisser sein.“

### **Appell an Veranstalterin FIFA**

Amnesty International fordert auch die WM-Veranstalterin FIFA

auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und die mit dem Turnier verbundenen Menschenrechtsrisiken zu erkennen, zu verhindern, zu mindern und zu beheben. Dazu gehören auch Risiken für Beschäftigte in Branchen wie dem Hotel- und Gastgewerbe und dem Transportwesen, die massiv expandieren, um die Durchführung der Spiele zu erleichtern. Zudem muss die FIFA öffentlich ihre Stimme erheben, um die Regierung von Katar aufzufordern, ihr Programm für Arbeitsreformen noch vor dem Eröffnungsspiel der Weltmeisterschaft umzusetzen.

Für Interviewanfragen und Rückfragen wenden Sie sich bitte an [presse@amnesty.at](mailto:presse@amnesty.at).

Presseteam **Amnesty International Österreich**

Lerchenfelder Gürtel 43/4/3, 1160 Wien

Mag. Eleonore Rudnay

+43 664 400 10 56

E-Mail: [eleonore.rudnay@amnesty.at](mailto:eleonore.rudnay@amnesty.at)

---

## **Webinar: Menschenrechte in Afghanistan – Aktuelle Entwicklungen**

Die Amnesty-Expertin für Afghanistan Samira Hamidi wird über die aktuelle Situation vor Ort berichten und einen Einblick in die Arbeitsweise von Amnesty International geben. Sie wird insbesondere auch auf die Situation von Frauen und Mädchen in Afghanistan eingehen und aktuelle Herausforderungen erklären.

Mädchen in Afghanistan müssen in die weiterführenden Schulen zurückkehren und ihre Ausbildung fortsetzen können, forderte Amnesty International im Oktober anlässlich der Veröffentlichung neuer Interviews mit Schüler\*innen und Lehrer\*innen, die von Drohungen und Gewalt der Taliban berichten. Während Buben landesweit am 17. September in die weiterführenden Schulen zurückkehren konnten, bestanden die Taliban darauf, dass erst ein „Lernumfeld“ geschaffen werden müsse, bevor Mädchen zurückkehren dürften.

**Amnesty-Webinar: Dienstag, 16.11.2021, 17.30 Uhr**

**Die Veranstaltung findet auf Englisch statt.**

**Zur Anmeldung**

Vor der Veranstaltung wird ein Link für die Teilnahme versendet.

---

# **Veranstaltung: Unsichtbar?! Das Engagement der afrikanischen Diaspora in Österreich**

Studienpräsentation von Maida Schuller und Gudrun Klein #AEWTASS, Diskussion und Performance.

Welche Leistungen erbringen die afrikanischen Gemeinden in der

österreichischen Gesellschaft? Welche Schwerpunkte setzen die Vereine bei ihrer entwicklungspolitischen Arbeit? Wie kann ihre Arbeit sichtbarer werden? Wie kann das Potential der afrikanischen Diaspora in Österreich gestärkt und ein gleichberechtigter Dialog mit der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit erreicht werden?

Die Studie „Transnational African Diaspora Engagement in Austria“ wurde von den #AEWTASS (*Advancing Equality Within The Austrian School System*) Wissenschaftlerinnen Sina Aping, Maida Schuller und Gudrun Klein erstellt und eröffnet Schaufenster in die vielfältige Arbeit afrikanischer Diaspora Organisationen in Österreich. Die Studie stellt 18 ausgewählte Vereine und Initiativen mit ihrem transnationalen und entwicklungspolitischen Engagement vor. Von der Mehrheitsgesellschaft oftmals unbemerkt, unterstützen sie Projekte am afrikanischen Kontinent, tauschen Wissen zwischen Österreich und afrikanischen Ländern aus und leisten hierzulande anti-rassistische Aufklärungsarbeit.

**Dienstag, 16. November 2021, 19:00 – 21:00 Uhr**

**Albert Schweitzer Haus, Schwarzspanierstraße 13, 1090 Wien**

### **Kommentare**

Emmanuel Kadem, Chiala Graz

Georg Keri, Austrian Development Agency

Helene Unterguggenberger, Caritas

**Rap Performance:** Jahson the Scientist

**Moderation:** Téclaire Ngo Tam, Südwind

**Sprache:** Diskussion Deutsch, Performance Englisch

Eine Veranstaltung von VIDC Global Dialogue in Kooperation mit Advancing Equality Within The Austrian School System und Radio

Africa TV.

Mehr Info

Eintritt frei, eine verbindliche Anmeldung ist erforderlich: [schmidjell@vidc.org](mailto:schmidjell@vidc.org)

Es gelten die aktuellen COVID-19 Schutzmaßnahmen Wiens (derzeit 2,5G – geimpft, genesen oder negativer PCR-Test).